

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2005
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 08.06.2005
Ort: Oase Loxbaum, Bürgerstr. 35,58097 Hagen
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. ARGE Hagen-mündlicher Bericht
3. Zweite Seniorenresidenz auf dem Grundstück Thünenstr. 31 auf dem Kratzkopf- mündlicher Bericht der Verwaltung-
4. Neubau einer Seniorenresidenz auf dem Grundstück Thünenstraße 31 im Gebiet des V+E-Planes Nr. 21 Kratzkopf
Einvernehmen der Gemeinde gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 30 und 31 BauGB
Vorlage: 0437/2005
5. Situation der älteren Migranten- mündlicher Bericht
6. Ärztliche Versorgung im Männerasyl-mündlicher Bericht
7. Förderkonzept Land NRW Komm IN-NRW-mündlicher Bericht
8. Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen
- Demografie und Stadtumbau -

hier: Analyse
Vorlage: 0212/2005
9. Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Ratsfraktion
hier: Städtische Strategien gegen Abwanderung und zur Begleitung des demografischen Wandels
Unterlagen liegen bereits vor.



10. Geschäftsbericht 2004 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0473/2005
11. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
hier: Jahresberichte 2004
Vorlage: 0476/2005
12. Gesundheitsbericht der Hagener Gesundheitskonferenz 2003/2004:
Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger
Kinder und Jugendlicher in Hagen
Vorlage: 0456/2005
13. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Mitteilungen**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek eröffnet die Sitzung mit einem Dank an den heutigen Gastgeber Herrn Haensel und begrüßt im Anschluss die Mitglieder des Sozialausschusses.

Unter Hinweis auf die verspätete Bearbeitung durch die Druckerei teilt Herr Steuber mit, dass der Jahresbericht 2004 und der Geschäftsbericht 2004 den Mitgliedern nunmehr als Tischvorlage zur Verfügung stehen.

Beschluss:**2. ARGE Hagen-mündlicher Bericht****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Rumberg gibt eine aktuelle Übersicht über die Tätigkeit der ARGE und hebt dabei insbesondere die nachfolgenden Punkte hervor:

- der Betreuungsschlüssel stellt sich momentan so dar, dass ein Sachbearbeiter 75 Jugendliche betreut; demgegenüber liegt in den anderen Bereichen der Vermittlung ein Betreuungsschlüssel von 1:140 zu Grunde.
- es stehen 11,2 Mio. € Personalmittel bereit.
- es ist eine Steigerung der Mitarbeiter von 145 (Mai 2005) auf 165,5 Mitarbeiter (Juli 2005) angestrebt.

In organisatorischer Hinsicht sind auf Grund der bisherigen Bewilligungsdauer von 6 Monaten nunmehr Wiederbewilligungsanträge der Leistungsempfänger erforderlich. Hierbei ist die ARGE insbesondere bemüht auch bei verspäteter Antragsstellung die Leistungen zeitnah zur Auszahlung zu bringen. Auch zu diesem Zweck sind nunmehr Kassenautomaten errichtet worden, die die entsprechende Abwicklung optimieren sollen.

Im weiteren nennt Herr Rumberg folgende statistische Daten:

- Fallzahlen: ca. 13000 (12941 Bedarfsgemeinschaften Ende Mai; 2097 Ju-



- gendliche)
- es wurden ca. 2000 sogenannte 1 € Jobs geschaffen, davon sind aktuell 877 Plätze belegt.
 - Trainingsmaßnahmen ab 01.04.05 800 Plätze, davon 200 betriebliche Maßnahmen und 600 sonstige Trainingsmaßnahmen d.h. Bewerbungstraining ,EDV-Schulungen etc.
 - die bislang erzielten Vermittlungserfolge lassen sich wie folgt zusammenfassen:
 - 338 Personen wurden in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt; 104 Personen in nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; 24 Personen haben sich selbständig gemacht und 15 haben eine Ausbildung begonnen.

In der anschließenden Diskussion/Aussprache regt Herr Halbeisen an, dass Zahlenmaterial künftig im Rahmen einer Tischvorlage zur Verfügung zu stellen.

Auf Anfrage von Herrn Weber hinsichtlich der Handhabung der Unterkunftskosten wurde seitens der ARGE mitgeteilt, dass man von einer Bagatellegrenze in Höhe von 10 € ausgehe und erst bei Überschreitung dieser Grenze eine entsprechende Kürzung durchführe.

Auf Anfrage von Frau Machatschek teilte Herr Rumberg mit, dass 21 Mio. € für Fördermaßnahmen zur Verfügung stehen, die Hälfte hiervon kann auch ins nächste Jahr übertragen werden.

Herr Steuber führt aus, dass die aufgeworfene Frage von Heizkostennachzahlungen die vor in Kraft treten des SGB II entstanden sind noch hausintern diskutiert werde. Herr Steuber führt in diesem Zusammenhang auch aus, dass Mark E unter Berücksichtigung der gestiegenen Energiepreise eine zusammenfassende Darstellung der aktuellen Kostensituation übersandt hat die als bald umzusetzen ist.

Herr Halbeisen nimmt Bezug auf seinen Antrag vom Januar 2005 betreffend der Finanzierung einer 0,5 Stelle für das HALZ und bittet um Sachstandsmitteilung. Dr. Schmidt wird diese Frage in der nächsten Trägerversammlung der ARGE erörtern.

Beschluss:

3. Zweite Seniorenresidenz auf dem Grundstück Thünenstr. 31 auf dem Kratzkopf- mündlicher Bericht der Verwaltung-

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Lohbeck hat einen neuen Bauantrag betreffend Schaffung von 80 neuen Heimplätzen gestellt.



Es wird der als Anlage beigefügte Brief des Architekten Sommer von Dr. Schmidt verlesen.

Frau Schmidt führt aus, dass von den bislang geschaffenen 139 Plätzen 50 belegt sind. Sie weist für den Fall der Schaffung weiterer 80 Plätze darauf hin, dass der Gesetzgeber die Vorgabe der Übersichtlichkeit der Einrichtung statuiert hat, so dass gegen eine Einrichtung in der beabsichtigten Größe Bedenken bestehen, und dieses Kriterium nicht erfüllt ist.

Nach reger Diskussion fasst der Ausschuss den unter TOP 4 aufgeführten Beschluss.

Beschluss:

4. **Neubau einer Seniorenresidenz auf dem Grundstück Thünenstraße 31 im Gebiet des V+E-Planes Nr. 21 Kratzkopf**
Einvernehmen der Gemeinde gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 30 und 31 BauGB
Vorlage: 0437/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Siehe hierzu TOP 3

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung Nr. 0437/2005 vom 12.05.2005 „Neubau einer Seniorenresidenz auf dem Grundstück Thünenstr. 31 im Gebiet des V+E-Planes Nr. 21 Kratzkopf zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss vertritt dazu die Position, dass in überschaubaren und stadtteilbezogenen Formen eine Pflegeplanung erfolgen und die Realisierung von Objekten sich an diesen Kriterien orientieren soll. Das geplante Objekt entspricht nicht diesen Vorstellungen.

Der Ausschuss empfiehlt deshalb den nachfolgenden Gremien das Einvernehmen der Gemeinde zur Errichtung der Seniorenresidenz auf dem Grundstück Thünenstr. 31 nicht zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |



Dafür: 10

Dagegen: 1

Enthaltungen: 1

5. Situation der älteren Migranten- mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Verrieth berichtet, dass die Verwaltung 2002 durch die Politik beauftragt worden ist eine Umfrage unter älteren Ausländern in Hagen durchzuführen, um nähere Erkenntnisse über deren Lebens- und Bedürfnislagen zu gewinnen.

Zu diesem Zweck wurde ein Fragebogen entwickelt nach dem ältere Migranten in Hagen zu ihrer sozialen Situation, zu ihren Wohnsituationen, Gesundheit, Freizeitgestaltung und Lebenszielen befragt wurden.

Dabei wurden die fünf größten Nationalitäten Türken, Italiener, Griechen, Jugoslawen und Portugiesen befragt. Insgesamt erfasste die Befragung 110 ältere ausländische Mitbürger.

Zur integrativen Situation der älteren Migranten wurden in Hagen überwiegend positive Aspekte benannt, so zum Beispiel waren die meisten bei der Beurteilung ihrer Wohnsituation positiv eingestellt. Nur wenige der befragten Personen waren aber mit den ihnen zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen zufrieden. Die überwiegende Anzahl gab an, ihren Lebensabend in der Stadt Hagen verbringen zu wollen.

Das Ergebnis der Umfrage wurde dann in der Sitzung des Sozialausschusses am 21.05.2003 vorgestellt, ebenso im Ausländerbeirat/Integrationsrat, in der Arbeitsgemeinschaft der Verbände, im Seniorenbeirat, in der Arbeitsgemeinschaft der Heimleiter, der Arbeitsgemeinschaft der ambulanten Dienste und in der Arbeitsgemeinschaft der Begegnungsstätten(offene Seniorenarbeit).

Bei der Beratung der Ergebnisse hat sich herausgestellt, dass bereits viele Angebote für ältere Migranten bestehen und sich die vorgenannten Organisationen bemühen, verstärkt auf die Bedarfe der Migranten einzugehen.

Zum Beispiel wurde festgestellt, dass praktisch alle stationären Einrichtungen bereits Erfahrungen mit pflegebedürftigen Migranten gemacht haben; diese wurden fast ausnahmslos positiv bewertet.

Auf die ambulanten Dienste sind diese Erfahrungen ebenfalls übertragbar.

Allgemein konnte festgestellt werden, dass insbesondere im pflegerischen Bereich zur Zeit kein akuter Handlungsbedarf in Hagen vorhanden ist.



Zur Zeit wird im Bereich der offenen Altenarbeit im Stadtteil Altenhagen für ältere Migranten ein niedrigschwelliges Angebot entwickelt. In Form eines „Runden Tisches“ sollen die Bedarfe der unterschiedlichen Nationen ermittelt werden. Unter dem Thema „Senioren bauen Brücken“ sollen Deutsche und ausländische Senioren zu gemeinschaftlichen Aktivitäten angeregt werden.

Im Herbst 2005 ist eine Sondersitzung (gemeinsame Sitzung) von Seniorenbeirat und Integrationsrat vorgesehen.

Über die Ergebnisse und weitere Schritte wird die Verwaltung Bericht erstatten.

Beschluss:

6. Ärztliche Versorgung im Männerasyl-mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zur aktuellen Situation führt Frau Dr. Sommer aus, dass die Kosten für eine einfache Basisausstattung (Behandlungszimmer) und Grundausstattung wie z.B. Verbände ca. 2800 € betragen.

Problematisch ist, dass neben diesen Basiskosten nicht kalkulierbare Folgekosten entstehen, da weder klar ist welche Sachmittel verbraucht werden noch welche Kosten durch die Behandlungspflege entstehen.

Überdies sind auch die Personalkosten für die behandelnden Ärzte zu berücksichtigen.

Im Anschluss an eine rege Diskussion bietet Herr Dr. Schmidt an mit Frau Dr. Sommer einen Termin zu vereinbaren um das vom Ausschuss verfolgte Ziel möglichst zeitnah umzusetzen.

Bevor es hier zu einer näheren Konkretisierung kommt weist Herr Gierke darauf hin, dass aktuell ein entsprechendes Projekt mit dem Namen „Mobil aufsuchender Gesundheitsdienst“ auf Landesebene diskutiert werde.

Dieses Modell sieht folgende Eckpunkte vor:

- die gesetzliche Krankenversicherung und die Kassenärztliche Vereinigung tragen jeweils 50% der Kosten.
- das Team des mobil aufsuchenden Gesundheitsdienstes besteht aus einem Facharzt und einer examinierten Pflegekraft, die 220 Fälle pro Quartal bearbeiten sollen.
- in Hagen beläuft sich der Bedarf auf ca. 50 Fälle pro Quartal mithin auf 200 Fälle im Jahr. Damit kann Hagen ein entsprechendes Team nicht tragen und müsste mit anderen Gemeinden kooperieren.
- es ist davon auszugehen, dass ein Fall pro Quartal 157,00 € an Kosten verursacht wovon die Stadt Hagen 50% tragen muss. Die Kosten für die Stadt Hagen belaufen sich somit auf 15700,00 € pro Jahr.



Nach reger Diskussion beauftragt der Sozialausschuss die Verwaltung im Bereich verbesserter Versorgung von Obdachlosen die Möglichkeit der Teilnahme an diesem Projekt auszuloten.

Beschluss:

7. Förderkonzept Land NRW Komm IN-NRW-mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Kühn berichtet, dass die Schwerpunkte des Programms Transparenz, Vernetzung und strategische Steuerung der Integrationsarbeit sind.

Das Programm ist nicht dazu da einzelne Maßnahmen zu finanzieren, sondern den Kommunen zu erleichtern ihre Integrationspolitik neu auszurichten.

Problem war, dass das Förderkonzept im April 2005 veröffentlicht wurde und am 31.05.2005 bereits Antragschluss war.

Da die Träger von Integrationskursen und Zuwanderungserstberatungen aufgrund des neuen Zuwanderungsgesetzes in Kontakt stehen war es möglich diesen Kreis kurzfristig einzuladen um einen Antrag zu formulieren.

Beabsichtigt ist die Einrichtung eines Zuwanderungserstberatungsbüros das umschichtig von den Trägern und den Verwaltungsdienststellen besetzt werden soll. Dieses Büro soll seinen Sitz in räumlicher Nähe zum oder direkt im Ausländeramt haben.

Weiter soll eine Software oder eine Internetplattform eingerichtet werden, die es sowohl Kunden als auch Trägern ermöglicht Kursangebote direkt abzufragen, damit nachgehalten werden kann, welche der Personen die eine Kursverpflichtung vom Ausländeramt erhalten haben auch in den Kursen angekommen sind. Weiterhin soll eine Infobroschüre in der Muttersprache der Betroffenen Personen entstehen.

Es wird ein Steuerkreis aus Trägern und Verwaltungsmitarbeitern gebildet, der das Projekt begleitet und in Zukunft für eine Fortführung der Maßnahme sorgt. Sollte der Antrag nicht positiv beschieden werden, werden sich die Beteiligten dennoch bemühen in der oben dargestellten Richtung weiter zu arbeiten.

Beschluss:

8. Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen - Demografie und Stadtumbau -



hier: Analyse

Vorlage: 0212/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Ausschuss beschließt auf Grund des Sachzusammenhangs die TOP 8 und 9 gemeinsam zu behandeln.

Frau Machatschek weist eingangs darauf hin, dass zu diesem Thema durch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eine Synopse erstellt wird. Diese Arbeitsgruppe verfasst bis zur Ratssitzung am 30.06.2005 auch eine gemeinsame Vorlage.

Frau Korn stellt die Arbeit der Arbeitsgruppe der Verwaltung vor. Sie weist hierbei auf die anstehenden öffentlichen Diskussionen und Vortragsveranstaltungen hin. Mit diesen Veranstaltungen ist beabsichtigt, die Einwohner in den Prozess einzubeziehen.

Am 23.06 und 28.06. finden entsprechende Vorträge im LUTZ statt. Im September ist ein Vortrag über Kinderfreundlichkeit geplant. Des weiteren plant man einen Vortrag über Arbeit und Beschäftigung.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema aufzubereiten, fortlaufend zu bearbeiten, mit den Bürger/innen zu diskutieren und daraus ableitend ein fachübergreifendes Handlungs- und Maßnahmenkonzept für eine zukunftsorientierte gesamtstädtische Entwicklung zu erarbeiten.
3. Die Politik wird fortlaufend informiert.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____



9. **Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Ratsfraktion
hier: Städtische Strategien gegen Abwanderung und zur Begleitung des demografischen Wandels
Unterlagen liegen bereits vor.**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Siehe TOP 8

Beschluss:

10. **Geschäftsbericht 2004 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0473/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber hebt die Kernpunkte des als Tischvorlage verteilten Geschäftsberichtes hervor. Auf Grund der Komplexität der Vorlage wird der TOP im Rahmen der nächsten Sitzung nochmals behandelt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2004 des Fachbereichs Jugend und Soziales zur Kenntnis.

Eine zweite Lesung erfolgt nach den Sommerferien.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____



11. **Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
hier: Jahresberichte 2004
Vorlage: 0476/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Da der Jahresbericht ebenso wie der Geschäftsbericht als Tischvorlage überreicht wurde soll auch dieser abermals im Rahmen der nächsten Sitzung behandelt werden.

Zu dieser Sitzung sollen Vertreter der Verbände zur Klärung etwaiger Fragen eingeladen werden.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die vorgelegten Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis genommen.

Eine zweite Lesung erfolgt nach den Sommerferien.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

12. **Gesundheitsbericht der Hagener Gesundheitskonferenz 2003/2004:
Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger
Kinder und Jugendlicher in Hagen
Vorlage: 0456/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Matzke stellt die o.a. Vorlage dar.

Die Hagener Gesundheitskonferenz hatte das Thema verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche in Hagen sowie deren Versorgungslage als wichtig eingestuft und eine Facharbeitsgruppe eingesetzt, um Verbesserungsvorschläge i.S. von Handlungsempfehlungen vorzubereiten. In einem Zwischen- und Abschlussbericht werden die Ergebnisse zu einzelnen Maßnahmen vorgestellt.



Die Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses für die vielen konstruktiven Vorschläge der Arbeitsgruppe. Der Sozialausschuss hat das Interesse, die Umsetzung der Maßnahmen nachzuhalten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen nimmt den Gesundheitsbericht "Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher in Hagen", bestehend aus - Teil 1 - aus dem Jahr 2003 (**Anlage 1**) und die dazugehörigen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen - Teil 2 - aus dem Jahr 2004 (**Anlage 2**) zustimmend zur Kenntnis.

Vorgesehene Handlungsempfehlungen und Maßnahmen, deren Umsetzung nicht der Stadt Hagen obliegt, empfiehlt der Rat der Stadt den beteiligten Institutionen und Einrichtungen im Rahmen der Selbstverpflichtung durchzuführen.

Vorgesehene Handlungsempfehlungen und Maßnahmen, deren Umsetzung der Stadt Hagen obliegt, werden im Rahmen der laufenden Verwaltungsgeschäfte ausgeführt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

13. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Es lagen keine Anfragen vor.

Beschluss:



Ende des öffentlichen Teiles:18.30 Uhr

C. ANWESENDE

Name	Bemerkungen	
Frau Buchholz, Birgit	SPD	
Herr Faust, Ralph	SPD	Fehlt entschuldigt
Herr Häßner, Ulrich	SPD	
Frau Machatschek, Dorothee	SPD	
Herr Mervelskemper, Peter	SPD	
Herr Schellhorn, Heinz	SPD	
Frau Timm-Bergs, Ramona	SPD	
Herr Bock, Joachim	CDU	
Frau Dannert, Ulrike	CDU	
Frau Kurte, Hildegard	CDU	
Herr Link, Dietmar	CDU	
Herr Röspel, Wolfgang	CDU	
Frau von Mallinckrodt, Karin	CDU	
Herr Halbeisen, Norbert	GRÜNE	
Herr Dücker, Viktor	FDP	
Herr Brüggemann, Fritz	BfH	



Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses

Name

Bemerkungen

Frau Hirsch, Marina

**Sachkundige Einwohner/ Beratende Mitglieder****Name****Bemerkungen**

Herr Haensel, Thomas

Herr Insel, Norbert

Herr Denecke, Friedrich

Herr Kilic, Mehmet

Fehlt entschuldigt

Herr Weber, Manfred

Beratende Mitglieder (Stellvertreter)**Name****Bemerkungen**

Rüdiger Ludwig

Verwaltung**Name****Bemerkungen**

Dez. 3

Herr Dr. Schmidt

Gesundheitsamt

Dr. Sommer, Herr Strate, Herr Matzke

Fachbereich Stadtentwicklung, Planen
und Wohnen

Frau Korn

ARGE Hagen

Herr Rumberg, Frau Küper

Fachbereich Jugend & Soziales:

Herr Steuber

Frau Schmidt



Herr Gierke

Herr Verrieth

Herr Kühn

Frau Meyer

Gez. Machatschek

Vorsitzende/r

Schriftführer/in